

# UNION IN DEUTSCHLAND

Informationsdienst der Christlich-Demokratischen und Christlich-Sozialen Union Deutschlands  
HERAUSGEGEBEN VON BRUNO DÖRPINGHAUS

## Deutschland-Union-Dienst (DUD)

Ausgabe für alle Mitarbeiter in der CDU/CSU

Verlag und Redaktion Frankfurt a. M., Bettinastraße 64 - Fernruf 77178/77906/75924

Zahlungen an: Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands auf: Postscheckkonto Frankfurt a. M. Nr. 39967  
Hessische Bank Frankfurt a. M. Nr. 125739; Mitteldeutsche Kreditbank Frankfurt a. M. Nr. 36099

Nr. 54 / 4. Jahrgang

Frankfurt a. M., 15. Juli 1950

Seite 1

### A V n Landtagswahlen

## Lehren des Wahlkampfes in Schleswig-Holstein

Die Landtagswahl in Schleswig-Holstein hat der absoluten SPD-Herrschaft ein Ende gesetzt, aber sie hat den im Deutschen Wahlblock zusammengeschlossenen Parteien der Bonner Koalition die Möglichkeit vorenthalten, eine Regierung zu bilden. Es ist müßig, sich darüber Gedanken zu machen, ob bei der Anrechnung der Reststimmen auf die Landesliste die absolute Mehrheit zustande gekommen wäre. Zunächst muß mit den gegebenen Tatsachen gerechnet werden, und diese gestatten, rein äußerlich gesehen, dem Wahlblock nicht einmal die Initiative zur Regierungsbildung — es sei denn, die drei Parteien schlossen sich im Landtag zu einer Fraktion zusammen.

Der 9. Juli hat also die erhoffte Klärung über die parteipolitischen Kräfteverhältnisse im oft zitierten Armenhaus der Bundesrepublik nicht gebracht. Sie hat vielmehr eine Gruppe in eine entscheidende Position in der Landespolitik gebracht, die vorwiegend Interessentenerwägungen ihr Entstehen verdankt. Die Zusammenballung von Ostvertriebenen im ärmsten deutschen Lande, ihre grauenvolle Not und eine notorisch miserable Politik der sozialdemokratischen Landesregierung haben die Flüchtlinge aus den politischen Parteien in eine eigene Organisation getrieben, von der sie eine schnelle und durchgreifende Lösung ihrer Probleme erhoffen. Auf dem günstigen politischen Boden Schleswig-Holsteins, wo fast die Hälfte der Einwohner aus Ostvertriebenen besteht, hat der Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten im ersten Anlauf fast 25 % aller abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen können und er ist hinter der SPD und der CDU die drittstärkste Fraktion des Landtages geworden. Ohne ihn ist eine Regierungsbildung nur sehr schwer denkbar.

Wie sich die neue Organisation in die Politik einfügen wird, vermag niemand vorauszusagen. Die Zusammensetzung ihrer Fraktion in Kiel läßt keine sicheren Schlüsse zu. Grob gesehen sind von den 15 Abgeordneten kaum ein Drittel gesinnungsmäßig der SPD zuzurechnen. Einige stehen „bürgerlichen“ Parteien nahe, von anderen weiß man über ihre parteipolitische Einstellung nichts. Die Klammer dieser Fraktion wird die Sorge um die Heimatvertriebenen sein, die gewiß bei einschlägigen Problemen ausreichen dürfte. Ob aber diese Klammer die Kraft hat, eine einheitliche politische Willensbildung in anderen als Vertriebenen-Fragen zu erreichen, muß abgewartet werden.

Der große Erfolg des Bundes der Heimatvertriebenen wirft aber Fragen auf, die politisch von unabschbaren Folgen sein können.

In der Flüchtlingspolitik wird diese Gruppe mit Forderungen auftreten, die rein aus dem Aspekt der Vertriebenen gestellt werden könnten. Bei den beschränkten Möglichkei-

ten der Länder und des Bundes kommt die Organisation der Heimatvertriebenen zwangsläufig in Gegensatz zu den Regierungen, die, mögen sie politisch eingestellt sein wie sie wollen, die Forderungen einfach nicht erfüllen können. Die Gefahr liegt nahe, daß alle Parteien, die Bundes- oder Länderregierungen tragen, von den Vertriebenen als die Sachwalter der „Einheimischen“ betrachtet und bezeichnet werden. Die überwunden geglaubte Kluft zwischen Alt- und Neubürgern wird nun also von der hohen politischen Ebene in einer Form neu aufgerissen, die nur mit Sorge in die Zukunft schauen läßt.

Diese Entwicklung gibt Anlaß zu einer ernsten Gewissensforschung ausnahmslos aller politischen Parteien. In der Vertriebenenfrage zwar kann die CDU für sich in Anspruch nehmen, daß in ihren Fraktionen, insbesondere im Bundestag, die Abgeordneten der Ostvertriebenen ein offenes Ohr haben und daß ihr Gewicht in der Regel durch das der ganzen Fraktion und der Partei verstärkt wird. Es fragt sich aber, ob das den Heimatvertriebenen mit der notwendigen Klarheit vor Augen geführt wurde, oder ob hier vielfach doch Versäumnisse entstanden sind, die jetzt Gefahren für die politische Entwicklung heraufbeschwören.

Endlich empfehlen sich ernsthaftige Ueberlegungen darüber, ob Wahlbündnisse wie in Schleswig-Holstein rechte Mittel sind, politische klare Verhältnisse zu schaffen. Gewiß stand die Notwendigkeit der Ausschaltung der sozialdemokratischen Regierung in Schleswig-Holstein bei den Wahlvorbereitungen im Vordergrund. Wir sind aber der Ueberzeugung, daß mancher Ostvertriebene, der um die Bemühungen seiner CDU-Abgeordneten weiß, der CDU eben wegen ihrer klaren politischen Linie, wenn sie den Wahlkampf allein geführt hätte, lieber seine Stimme gegeben hätte, als einer Interessenorganisation. Es ist vom Grundsätzlichen her gesehen unerheblich, ob die CDU dann besser oder schlechter abgeschnitten hätte. Politisch klarer wäre die Wahl auf jeden Fall gewesen.

### Das Wahlergebnis vom 9. Juli 1950

Wahlberechtigt 1 715 458, abgegebene Stimmen 1 341 754 = 78,2 %; Ungültige Stimmen 31 099. Es erhielten:

Partei	absolut	in v. H.	Mandate
SPD	360 256	27,5	19
BHE	306 856	23,4	15
CDU	258 781	19,7	16
DP	125 336	9,6	7
FDP	92 456	7,1	8
SSW	71 845	5,5	4
DRP	37 161	2,8	—
KPD	28 249	2,2	—
SRP	21 041	1,6	—
Unabhängige	8 674	0,7	—

### A V d Hessen

## Hessische Volksabstimmung zur Wahlrechtsreform

Das interessanteste Merkmal der hessischen Volksabstimmung vom Sonntag zur Aenderung der Verfassung liegt nicht in der geringen Wahlbeteiligung von 33,8 %. Die Stadt Frankfurt erreichte gar nur 20,7 % und lag damit noch nicht einmal am tiefsten Punkt; dieser wird vielmehr vom Kreis Frankenberg/Eder mit 16,1 % gehalten. Die geringe Wahlbeteiligung zeigt, daß weite Kreise der hessischen Bevölkerung die Bedeutung ihres politischen Mitbestimmungsrechtes im Wege der Volksabstimmung noch nicht er-

kannt haben. Es sei ohne weiteres zugegeben, daß die Frage, die zur Entscheidung stand, nicht populär war, d. h. daß die Auseinandersetzung mit den Grundideen des Verhältnis- und Mehrheitswahlrechtes dem Durchschnittsbürger noch recht ferne liegt und daß es auch gar nicht so leicht ist, die notwendige Aufklärung in knapper, gemeinverständlicher Weise in die Bevölkerung zu tragen. Es wird schließlich niemand behaupten können, es sei vor dem Abstimmungstag wirklich alles geschehen, um diese schwierige Frage dem

Verständnis der Wählerschaft näherzubringen. Zur Ehre der hessischen Bevölkerung darf ruhig angenommen werden, daß die Beteiligung wesentlich höher gewesen wäre, wenn es etwa um eine Steuerfrage oder (wie in Breisach) um die Frage der europäischen Einigung gegangen wäre!

Die Regierungsvorlage auf Aenderung der hessischen Verfassung wurde mit rd. 78 % der gültigen Stimmen bejaht, während die Nein-Sager rd. 25 % aufbrachten. Trotz dieser klaren Entscheidung liegt das interessanteste Moment der Volksabstimmung in der Zahl der Nein-Sager. Gegen die Verfassungsänderung hatten sich die Kommunisten und die rechtsradikalen Gruppen (vor allem die NDP) ausgesprochen. Die Stärke der KPD ist eine bekannte Größe, die Stärke der Rechtsgruppen ist es vorläufig nicht. Die KPD hatte bei den vorjährigen Bundestagswahlen in Hessen rd. 142 000 Stimmen erhalten — die Zahl der Nein-Stimmen am gestrigen Sonntag betrug rd. 203 000. Nun hat die KPD seit der Bundestagswahl auch in Hessen einen beträchtlichen Teil ihrer früheren Anhänger verloren; man kann diesen Verlust gegenwärtig natürlich noch nicht mit einer Zahl ausdrücken, die Beispiele anderer Bundesländer berechtigen jedoch zu der Annahme, daß der kommunistische Verlust bis zu 50 %

der Bundestagswahlstimmen gehen kann. Je geringer man jedoch das kommunistische Element unter den Nein-Sagern veranschlagt, umso höher muß das rechtsradikale Element eingeschätzt werden. Die Bundestagswahl bietet hier keinen Maßstab, denn damals bestand in Hessen ein Wahlbündnis zwischen FDP und NDP. Man darf sich aber gerade in diesem Zusammenhang an ein Wort des hessischen CDU-Finanzministers Dr. Hilpert nach der Bundestagswahl erinnern, der Erfolg der FDP bedürfe „einer kritischen Würdigung. Er ist zum wesentlichen durch die Wahlehe mit der NDP zu erklären. Wenn auch in Hessen wie im übrigen Wahlbereich der Bizone eine selbständige Rechtspartei aufgetreten wäre, dann würde die Richtigkeit meiner Auffassung augenscheinlich.“

Es erscheint notwendig, auf diese Entwicklungen rechtzeitig hinzuweisen. Die Landtagswahlen in anderen Bundesländern zeigen, daß das deutsche Volk auf Grund seiner bitteren Erfahrungen denn doch zu reif geworden ist, um auf rechtsradikale Tiraden neuerdings hereinzufallen. Immerhin aber wird man auch gewissen Symptomen in Hessen ein wachsames Augenmerk widmen und die Aufklärung in dieser Richtung verstärken müssen.

## A V m Länderneugliederung

# Nordbaden beschließt Neutralität in der Südweststaat-Frage

Den aufgestauten Meinungsverschiedenheiten über die Haltung der nordbadischen CDU in den schwebenden Erörterungen über die Südweststaat-Frage hatte der Landesvorsitzende, Bürgermeister Heurich, in der zweitägigen Sitzung des Landesausschusses in Mosbach ein Ventil geschaffen, das sich als außerordentlich wirksam erwiesen hat. Um der notwendigen Bereinigung willen nahmen die Teilnehmer gerne eine Kürzung der umfangreichen Tagesordnung in Kauf, und der Landesvorsitzende verzichtete bewußt darauf, der eingehenden, zuweilen auch temperamentvollen Aussprache allzu straffe Zügel anzulegen. Teilweise persönlich zuge-spitzte Meinungsverschiedenheiten und vor allem die Flüster-reien über einen Bruch in der CDU und die Gründung einer neuen Partei wurden auf diese Weise restlos ausgeräumt. Im Gefühl des Ernstes und der Verantwortung, das über der ganzen Tagung lag, wies der Landesauschuß jeden Spaltungsversuch zurück. Er bekannt sich mit aller Eindringlichkeit zur Einheit und Geschlossenheit der Union.

Dieses Ergebnis wurde nur dadurch erreicht, daß sich der Landesauschuß in der Frage des Südwest-Staates klar und eindeutig zum Neutralitätsprinzip bekannte. Er hat es abgelehnt, für die eine oder andere Fragestellung zu votieren, er hat es vielmehr jedem Mitglied freigestellt, sich für den Südweststaat oder für die Vereinigung der beiden Länder Württemberg und Baden zu entscheiden. Einen wesentlichen Anteil an diesem Ergebnis hat, wie ohne Einschränkung festgestellt werden muß, die JUNGE UNION, die bereits in der Sitzung ihres erweiterten Landesvorstandes am 1. Juli mit bemerkenswerter Ruhe und Sachlichkeit ihren Standpunkt zu den umstrittenen Problemen formuliert hatte. Auf der Tagung des Landesausschusses war es ihr Sprecher, Bürgermeister Hoog, der die Erklärung abgab, daß die JUNGE UNION alles vermeiden werde, was einen Zwiespalt in ihren Reihen herbeiführen könnte. Er verwahrte sich entschieden dagegen, daß da und dort von der Gründung einer neuen Partei gesprochen werde, und er warnte nachdrücklich davor, daß durch eine unsachliche Propaganda die Gefahr eines neuen Kulturkampfes heraufbeschworen werde. „Die Frage, Südweststaat oder Alt-Baden darf für uns nie zu einem Bruch zwischen den auf der politischen Ebene zusammenarbeitenden Konfessionen führen. So wie sich einst von fünf Jahren in schwersten Notzeiten Männer und Frauen katholischen und evangelischen Bekenntnisses, Arbeiter, Angestellte, Beamte und Kaufleute, Landwirte und Industrielle in der CDU zusammengeschlossen haben und heute noch treu zueinander stehen, so darf auch heute unsere Union in der Frage Südweststaat oder Alt-Baden nicht auseinanderfallen.“

Auf diesem Grundton ist auch die folgende Entschlie-ßung abgestimmt, in der der Landesauschuß seine endgültige Stellungnahme zur Südweststaat-Frage festlegte:

1. Nachdem die Landtage der Länder Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern einem Gesetz zur Volksbefragung über die Neugliederung der drei aufgeführten Länder zugestimmt haben, ist die künftige staatliche Gliederung des südwestdeutschen

Raumes in die Hände des Volkes gelegt. Die CDU, die einen Volksentscheid seit Jahren forderte, begrüßt diese Entwicklung.

2. Der Landesverband der Christlich-Demokratischen Union Nordbadens schließt sich ohne Vorbehalt der einmütigen Willensäußerung der nord- und südwestdeutschen CDU auf dem Parteitag der Christlich-Demokratischen Union Nordwürttembergs am 17. und 18. Juni 1950 in Stuttgart an und verlangt, daß der Wille des Volkes unmittelbar nach der Volksbefragung von den Landtagen und Regierungen der drei Länder in klare, staatsrechtliche Ergebnisse umgewandelt wird. Die CDU Nordbadens ist mit der gesamtwestdeutschen CDU der Auffassung, daß als klares staatsrechtliches Ergebnis nur die Bildung des Südweststaates oder die Wiederherstellung der alten Länder bezeichnet werden soll. Die Beibehaltung des gegenwärtigen Zustandes ist nicht wünschenswert und wird deshalb auch von der nordbadischen CDU abgelehnt.

3. Die Christlich-Demokratische Union kennt als echte Volkspartei aus ihren Grundprinzipien des Christentums, der demokratischen Freiheit und der sozialen Gerechtigkeit im allgemeinen kein alle verpflichtendes politisches Gebot. Sie ist außerdem der Auffassung, daß jede echte politische Willensbildung einer Partei nicht von oben nach unten, sondern vom Volk zur Führung weist. Die gesplittene Volksmeinung und die verhärteten Fronten, nicht weniger aber auch die Erkenntnis, daß die Länderneugliederung im südwestdeutschen Raum nicht nur ein politisches, sondern auch ein landmannschaftliches, verwaltungstechnisches und wirtschaftliches Problem darstellt, hat die Christlich-Demokratische Union Nordbadens nach ernster Prüfung im Landesauschuß veranlaßt, die parteipolitische Festlegung für einen der beiden Neugliederungsstandpunkte abzulehnen und die Neutralität der nordbadischen CDU zu verkünden.

4. Das Recht der Mitglieder der Partei, ohne Auftrag der CDU für eine der Neuordnungsmöglichkeiten in Wort und Schrift zu werben oder sich Organisationen anzuschließen, deren Zweck die Neugliederung in den drei Ländern ist, ist durch die Neutralitätserklärung der Partei nicht beschränkt. Der Landesauschuß der nordbadischen CDU erwartet aber, daß die Angehörigen der Partei bei der Vorbereitung zur Volksbefragung die Prinzipien der Sachlichkeit und der Mäßigung beachten und zur Entgiftung der Atmosphäre beitragen.

Der zweite Tag der Beratungen brachte ein außenpolitisches Referat von MdB. Prof. Dr. Wahl, der es als die Pflicht eines jeden CDU-Politikers bezeichnete, in der heutigen Zeit den Optimismus zu bewahren. Als Ergebnis dieser Ausführungen wurde eine Entschlie-ßung gebilligt, in der der Landesauschuß dem Bundeskanzler, der Bundesregierung und der CDU-Bundestagsfraktion für ihre schwere und erfolgreiche Arbeit Dank und Vertrauen ausspricht.

Mehrere wichtige parteiinterne Angelegenheiten, so die Stellungnahme des Landesverbandes zum Statut der CDU Deutschlands und die Neugründung des Kommunalpolitischen Landesauschusses, wurden für eine demnächst einzuberufende Sitzung des Landesauschusses zurückgestellt.

**C b Landesparteien****Frauenarbeitsgemeinschaft der CSU**

Die große Kundgebung der Frauenarbeitsgemeinschaft der CSU, die am 8. Juli in München stattfand, erhielt durch das Referat des CSU-Landesvorsitzenden, des bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Ehard, eine über die CSU weit hinausreichende Bedeutung. Dr. Ehard zeigte die Kräfte auf, die der Lehre des Bolschewismus entgegengestellt werden müssen. Mit militärischen Mitteln könne das Ziel nicht erreicht werden, sondern nur mit der besseren Ideologie. Deshalb ergehe heute der Ruf an die Frau als den Mittelpunkt der Familie, die Urkräfte ihres Glaubens lebendig zu machen. Die Zeit erfordere einen wahrhaft furchtlosen Geist, obwohl sie von tausenden Aengsten durchsetzt sei. Auf die Tragik des zweigeteilten Deutschland eingehend, betonte Dr. Ehard: „Verlören wir die Kraft, den Schmerz des geteilten Deutschlands auf uns zu nehmen, wäre auch für den anderen Teil jede Hoffnung verloren, je wieder der Existenz eines ungeteilten Deutschlands teilhaftig zu werden!“ Trotzdem wäre der Zustand der Bevölkerung im deutschen Osten noch weit schlimmer, wenn es kein demokratisches und christliches Deutschland gebe, mit dem auch Rußland rechnen müsse. Unter dem Beifall seiner Zuhörerinnen erinnerte Dr. Ehard daran, daß die Frauen mit dem Stimmzettel eine starke Waffe in Händen hätten, wenn sie aus der Erkenntnis der großen Zusammenhänge heraus ihre Stimme richtig einsetzen. Um einen christlichen Staat zu schaffen, sei die Stimme der Frau und Mutter von ausschlaggebender Bedeutung. — Dr. Hundhammer setzte sich mit den Erscheinungsformen des Antichrist auseinander, der heute im roten

**C b Landesparteien****Aus der niedersächsischen CDU**

Nach unkontrollierbaren Meldungen sind im Zusammenhang mit dem Parteiausschluß Dr. Gerekes 82 CDU-Mitglieder aus der Union ausgetreten. Die Austritte lokalisieren sich ausnahmslos auf den Kreis Uelzen, der der Wahlkreis des früheren niedersächsischen Ministers Gereke war. Die in Verbindung hiermit kolportierten Nachrichten von einem Massenaustritt aus der CDU sind aus der Luft gegriffen. Jedenfalls dürfte nach Auffassung parteioffizieller Stellung der niedersächsischen CDU der Höhepunkt der Austrittsbewegung überschritten sein. Der Sekretär des Hannoverischen Landesverbandes MdL Fratzscher hat inzwischen die Leitung des Kreisverbandes Uelzen übernommen.

**C b Landesparteien****Bezirksversammlung der CSU Oberbayern**

Auf Einladung des 1. Vorsitzenden des Bezirksverbandes Oberbayern, Staatsminister Dr. Hundhammer, fand am 8. Juli in München eine Bezirksversammlung statt, in deren Mittelpunkt die Frage der Aufstellung der Stimmkreis-kandidaten für die kommende Landtagswahl stand. Von den 27 Stimmkreisen und Stimmkreisverbänden des Wahlkreises München-Oberbayern hat der Bezirksverband Oberbayern 18, der Bezirksverband München 9 Kandidaten für die Mehrheitswahl zu nominieren. Ferner wurde von den Delegierten des Bezirksverbandes erstmals auch die Kandidatenaufstellung für die Wahlkreisliste beraten. — Dr. Hundhammer hat sich am 10. Juli zum Studium des Schulwesens nach England begeben, wo er bis zum 21. Juli verbleibt.

**A IV 8 a Allgemeines****Jakob Kaiser antwortet den SED-Verrätern**

In einer Großkundgebung aus Anlaß der Abstimmung in West- und Ostpreußen am 11. Juli 1920 erinnerte Bundesminister Kaiser daran, daß damals schon die Kommunisten Deutschland in den Rücken gefallen seien, als es darum ging, den deutschen Charakter Ost- und Westpreußens in einer freien Abstimmung zu bestätigen. Von der Haltung der KPD im Jahre 1920 führe ein direkter Weg zu Pieck, Ulbricht und Grotewohl, deren Unterschrift unter den Oder-Neiße-Vertrag die Verschacherung des deutschen Ostens bedeutet. Was diese deutschen Quislinge unterzeichnet haben, sei jedoch null und nichtig. Erst ein Friedensvertrag, der das volle Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes garantiert, werde darüber entscheiden. Inzwischen müsse in Deutschland eine immer stärkere Front für Freiheit und Recht errichtet werden. „Wir wollen alle miteinander keinen Krieg, betonte Jakob Kaiser, aber wir müssen vor der Vergewaltigung der Freiheit sicher sein.“

Gewande auftrete. Die Auseinandersetzung mit dem Bolschewismus müsse mit religiösen und weltanschaulichen Grundsätzen geführt werden. Die Frauen seien in diesem Kampf um die Erhaltung und Festigung dieser Grundsätze einer der stärksten Faktoren. — Im weiteren Verlauf der Kundgebung sprachen Frau Lang-Brumann zum Thema „Frauenrechte und Frauenrecht“ sowie Frau MdL Zehner und Frau MdB Dr. Probst über das Wirken der Frauen im Parlament. Der Kundgebung ging eine geschlossene Arbeitstagung voraus, in der u. a. Grundfragen der Frau im öffentlichen Leben, Beamtengesetz und Beamten sowie Einsatz und Einfluß der Frau in der Wirtschaft behandelt wurden. Frau MdL Gröber, Augsburg, referierte über Heimkehrer- und Kriegsbeschädigtenprobleme.

**C b Landesparteien****Stuttgarter Frauen protestieren**

Das Frauensekretariat der CDU Stuttgart hat in einem Schreiben an den Oberbürgermeister und den Stadtrat von Stuttgart gegen die zweifelhaften Programme der im Rahmen der Deutschen Gartenschau gebotenen Sonderveranstaltungen Verwahrung eingelegt. Der Protest richtet sich vor allem gegen solche Veranstaltungen, bei denen die Würde der Frau aufs tiefste verletzt und den jungen Menschen ein schlechtes Vorbild gegeben wird. Oberbürgermeister und Stadtrat werden unter Berufung auf Art. 1 des Grundgesetzes ersucht, auf die Leitung der Deutschen Gartenschau im Sinne eines verstärkten Verantwortungsgefühls einzuwirken.

**A IV 6 g Fürsorgewesen****Zwangsassylierung asozialer Tbc-Kranker**

Der Vorsitzende des Sozialpolitischen Ausschusses des bayerischen Landtages, Abg. Trettenbach, kündigte nach einer vom Ausschuß vorgenommenen Besichtigung einer der wichtigsten bayerischen Heilstätten im Kampf gegen die Tuberkulose, des 500 Patienten fassenden Tbc-Krankenhauses Herrschin, eine Gesetzesvorlage auf Zwangsassylierung asozialer Kranker zum Schutze der Familien- und Volksgesundheit an.

**A IV 6 i Gewerkschaften****Für Neutralität der Gewerkschaftspresse**

Die Ortsverwaltung Krefeld hat zum ersten ordentlichen Gewerkschaftstag der Industriegewerkschaft Metall, der vom 18. bis 23. September in Hamburg stattfindet, folgenden Antrag eingebracht: „Die Delegiertenversammlung beantragt, daß alle Gewerkschaftszeitungen strikte parteipolitische Neutralität üben. Alle Verstöße sind gewerkschaftsschädigend und müssen unterbleiben.“ Dem Delegiertentag lagen bis zum 4. Juli insgesamt 253 Anträge vor.

**A II e 3 Minister****Zehn Organe der Bundesregierung**

Als zehntes amtliches Organ der Bundesrepublik erscheint seit dem 1. Juli das Bundeszollblatt. Neben diesem erscheinen nunmehr als amtliche Veröffentlichungsorgane der Bundesrepublik: Das Bundesgesetzblatt, der Bundesanzeiger, das Bundesarbeitsblatt, das Verkehrsblatt, das Amtsblatt des Bundesministeriums für Post- und Fernmeldewesen, die Ministerialblätter der Bundesministerien der Finanzen, der Wirtschaft und für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie das gemeinsame Ministerialblatt des Bundesinnenministeriums.

**C b Landesverbände****Warnung an die Landesverbände**

Der Landesverband Berlin warnt vor einem gewissen Erich Haack, geb. 26. 2. 1912 in Stettin, und seiner Ehefrau Gertrud Haack, geb. 17. 3. 1915. Haack ist aus Petersdorf, Kreis Templin, geflohen; nachdem er sich dort zahlreicher krimineller Vergehen und Denunziationen bei den sowjetischen Militärbehörden schuldig gemacht hatte. Angeblich ist H. in die Westzonen geflüchtet, wo er vermutlich versucht, Anschluß bei der CDU zu finden.

**A III 4 NEI****Tagung des Exekutivkomitees der NEI**

Das Exekutivkomitee der „Nouvelles Equipes Internationales“ hielt am 1./2. Juli in Brüssel unter dem Vorsitz von Minister a. D. von Schrijver eine Sitzung ab, in der die Lehren des Kongresses von Sorrent sowie seine günstigen Resultate in Erinnerung gebracht wurden. Das Komitee entschloß sich, jedes Jahr einen Kongreß in breiterer Form dem Problem der aktuellen Politik zu widmen. Es fixierte seine Stellungnahme hinsichtlich der vorgesehenen Reorganisationen der europäischen Bewegung und brachte seinen Willen zum Ausdruck, die Repräsentation und eine straffe Koordination unter den verschiedenen Organisationen und nationalen Gruppen durchzuführen, die diese Bewegung aufbauen. Das Komitee begrüßte die unternommene Initiative durch die Kulturkommission und namentlich den Erfolg der Studententagung in Saarbrücken. Es nahm in Aussicht, ähnliche Begegnungen zur Regel zu machen. Das Komitee begrüßte die unternommene Initiative durch die Kulturkommission und namentlich den Erfolg der Studententagung in Saarbrücken. Es nahm in Aussicht, ähnliche Begegnungen zur Regel zu machen. Das Komitee brachte der internationalen Jugendorganisation der NEI seine Glückwünsche für das Aufbauwerk und die Propaganda erneut zum Ausdruck. Schließlich äußerte es seine lebhaftige Genugtuung über die Aufbauarbeit, welche der Schumanplan darstellt. Es gab dem Wunsche Ausdruck, daß die in Angriff genommenen Unternehmungen auf ein einheitliches Ziel hinauslaufen und den Frieden durch wirtschaftliche und engere Zusammenarbeit unter den freien Völkern Europas stärken. — An der Tagung beteiligten sich Vertreter der christlich-demokratischen Parteien Frankreichs, der Niederlande, Luxemburgs, der Schweiz, Oesterreichs, Belgiens und Italiens. Die CDU/CSU der Bundesrepublik wurde durch den Präsidenten der parlamentarischen Gruppe der CDU, MdB Dr. von Brentano, vertreten.

**A III 2 d Sonstige Gruppen****Arbeitsgemeinschaft der Rechtsparteien**

Auf einer Tagung in Neuwied haben der Block der Nationalen Einigung unter von Ostau und der ostdeutsche Bauern- und Mittelstandsbund unter dem Vorsitz des niedersächsischen Landtagsabgeordneten Nowald beschlossen ihre Parteiorganisationen in die Nationaldemokratische Partei unter Vorsitz von Karl Priester einzugliedern. Ferner wurden die Landesverbände Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen der Nationaldemokratischen Partei gebildet, die den Sitz der Parteileitung weiterhin in Wiesbaden behalten wird. Außerdem wurde von der Sozialistischen Reichspartei, der Vaterländischen Union und der Nationaldemokratischen Partei die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft für Westdeutschland beschlossen.

**A III 2 d Sonstige Gruppen****Phrasendrescherei der Deutschen Union**

In Erklärungen von bemerkenswerter Inhaltslosigkeit wandte sich Otto Heß vom Hauptvorstand der Deutschen Union in Bad Homburg gegen das „Liebeswerben“ der westdeutschen Parteien und der Bundesregierung um die Wiedervereinigung Deutschlands. Präzise Angaben darüber, in welchen Punkten Parteien und Regierung versagt haben, konnte Heß nicht machen. Er war auch nicht in der Lage, konkrete Vorschläge zu unterbreiten, was nach Auffassung der DU praktisch zu geschehen hätte. Er beschränkte sich vielmehr darauf, leeres Stroh zu dreschen und an die jüngere Generation zu appellieren. Auch der Vorsitzende der DU, Graf von Stauffenberg, kam über allgemeine Redensarten nicht hinaus. Realpolitisch denkende Zuhörer kamen zu der Ueberzeugung, daß es für die Kolportage politischer Selbstverständlichkeiten einer ideenarmen Splittergruppe wie die Deutsche Union nicht bedarf.

**A II f Pol. Persönlichkeiten****Strafantrag gegen Maria Sevenich**

Das Bundeskabinett hat am 4. Juli beschlossen, bei der zuständigen Staatsanwaltschaft die Strafverfolgung der niedersächsischen SPD-Abgeordneten Frau Maria Sevenich zu beantragen. Frau Sevenich hatte in einer Wahlrede behauptet, es sei von deutschen Regierungskreisen für untragbar erklärt worden, die 2 Millionen Arbeitslosen augenblicklich in Arbeit zu bringen. Demgegenüber behauptet Frau Sevenich, sie habe sich in ihrer Rede lediglich auf das OEEC-Memorandum der Bundesregierung vom 15. Dezember v. J. berufen, in dem es heißt: „Soll das innere Gleichgewicht und die Stabilität der westdeutschen Wirtschaft nicht gefährdet werden, so ist eine Erwerbslosigkeit in dem oben skizzierten Sinn nicht vermeidbar.“

**A II e 4 Bundestag****W. K. Gerst der Bonner Giftspritzer**

In Berlin verfolgt man mit wachsendem Befremden das Treiben des Leiters der Bonner Redaktion des russisch lizenzierten Nachrichtenbüros ADN, W. K. Gerst, der nicht nur tendenziös berichtet, sondern auch bewußt falsche Berichte verbreitet. Da die ADN-Berichte in der Sowjetzone von der gesamten Presse als Zwangsmeldungen verbreitet werden müssen, besorgt Gerst von Bonn aus eine Vergiftung der öffentlichen Meinung in der Sowjetzone, die bei aller Toleranz das Maß des Erträglichen weit überschritten hat. Schon mehrfach haben Berliner Blätter, wie z. B. „Der Tag“ darauf hingewiesen und verlangt, daß W. K. Gerst, der zugleich Mitglied der sowjetzonalen Volkskammer ist, auf die schmutzigen Fälscherhände geklopft wird. „Der Tagesspiegel“ macht darauf aufmerksam, daß Gerst unter den verschiedensten Tarnnamen, so als „fortschrittlicher Christ“, seine sowjetische Wühlarbeit in der Bundesrepublik betreibt und die Chefredaktion einer neuen kommunistischen Zeitung in Westdeutschland übernehmen soll, die unter neutralem Namen der Sowjetisierung auch im Westen und Süden Deutschlands Vorschub leisten soll.

In der Sowjetzone ist es keinem Journalisten westdeutscher Zeitungen möglich, auch nur Informationen einzuziehen, geschweige denn ein eigenes Büro zu unterhalten wie das Gerst mit Duldung der Bundesregierung in Bonn und an anderen Orten Westdeutschlands tut. Es wird Zeit, daß in Bonn der Fälscherwerkstatt des Herrn Gerst die Arbeitsmöglichkeiten entzogen werden. Solange jeder Journalist in der Sowjetzone wegen „Spionage“ verhaftet wird, der Erkundigungen einziehen will, haben Leute vom Schlage des Herrn Gerst das Recht verwirkt, unter der Vorgabe „journalistischer“ Tätigkeit Gift von Bonn aus gegen die Bundesrepublik zu spritzen.

**A V e Niedersachsen****Koalitionskrise in Hannover?**

Die CDU-Fraktion des niedersächsischen Landtages hat in einem Schreiben an Ministerpräsident Kopf angedeutet, daß sie ihre Minister aus dem Kabinett zurückziehen werde, falls das neue Landeswahlgesetz in der von der SPD gewünschten Form angenommen werde. Bei der Ausschlußberatung hatte die SPD gegen CDU, Deutsche Partei und FDP ihren Vorschlag durchgedrückt, daß im neuen Wahlgesetz für alle Parteien die Pflicht verankert werde, in jedem Wahlkreis zu kandidieren. Dadurch würde wie in Schleswig-Holstein die Bildung von Wahlblocks verhindert.

**C b Landesparteien****Beamtenvereinigung der CSU**

Am 1. Juli 1950 wurde in München die Beamtenvereinigung der CSU gegründet. Sie will auf der Basis der christlichen Weltanschauung alle Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes für das politische Geschehen und die politischen Aufgaben interessieren und Sprachrohr der Beamteninteressen und Beamtenrechte sein.

*Denken Sie bitte*

an die baldige Einzahlung der Bezugsgebühren auf Postscheckkonto 399 67

